

Putzen mit Torsten Schrodt

Sparregime Der oberste Putz-Herr im Kanton erklärt, wie künftig effizienter und günstiger gereinigt wird

VON ANDREAS HIRSBRUNNER

Wer glaubte, dass Putzen eher zu den einfacheren Tätigkeiten auf dieser Welt zählt, muss diese Einschätzung spätestens nach einem Gespräch mit Torsten Schrodt revidieren. Schrodt leitet bei der Basellbieter Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) den Geschäftsbereich Objekt- und Immobilienmanagement und stellte der bz das künftige Putz-Regime im Kanton vor. Auch wenn dabei noch vieles «in progress» sei, wie Schrodt wiederholt betonte, Putzen wird im Baselbiet zur Wissenschaft.

Derzeit wird das neue Regime als Pilotversuch in den Gebäuden der BUD und der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion sowie im Gymnasium Liestal getestet. Hintergrund ist die kantonale Spardoktrin, dass alle Direktionen mit zehn Prozent weniger Personalaufwand haushalten müssen. Das trifft auch den Putzbereich in Schrodt's Ressort, obwohl weggesparte Putzfrauen finanziell nicht gross einschenken. Die gesamten Reinigungskosten, das heisst Aufwand für Personal und Material, belaufen sich beim Kanton mit seinen 140 Liegenschaften pro Jahr auf rund zehn Millionen Franken.

Abbau, aber keine Kündigungen

Die ersten auf dem Opfertisch sind neun Putzfrauen, die in Liestal über die Klinge springen müssen; sie reinigen derzeit in Diensten der Stadt die kantonalen Sekundarschulhäuser Burg und Frenke. Die Stadt Liestal kündigt ihnen auf diesen Sommer, weil sie die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton nach dessen neuen Vorgaben nicht mehr weiterführen will (bz vom 24. Januar).

Schrodt sieht allerdings keinen direkten Zusammenhang zwischen diesen Kündigungen der Stadt und dem neuen Putz-Regime beim Kanton. Liestal habe den Dienstleistungsvertrag mit dem Kanton im Gegensatz zu den andern elf Gemeinden, die ebenfalls solche Verträge haben, gekündigt, «ohne Verhandlungen mit Zahlen zu führen». Beim Kanton hingegen soll es laut Schrodt keine Kündigungen geben: «Unser Ziel heisst, niemandem der über 200 Reinigungskräfte zu kündigen. Wir wer-



«Wir reinigen so viel wie nötig und so wenig wie möglich.»

Torsten Schrodt Bau- und Umweltschutzdirektion BL



Ausgedient: Ab August reinigt im Liestaler Burgschulhaus kantonales Personal mit modernster Technik.

KENNETH NARS

den die Einsparung beim Personal wenn immer möglich über die natürliche Fluktuation vornehmen.»

Dieses schwindende kantonale Putz-Korps übernimmt im Übrigen ab August auch die beiden Liestaler Sektorschulhäuser. Ausgelagert würden keine Putzdienste, hält Schrodt fest. Denn im Gegensatz zur Mehrheit der Kantone setze Baselland anstelle eines Outsourcings eine interne Optimierung um.

Was sind nun die Kernpunkte des neuen Putz-Regimes? «Wir setzen auf eine standardisierte, bedarfsorientierte Reinigung. Das heisst, wir reinigen so viel wie nötig und so wenig wie möglich», erklärt Schrodt. Dabei werde für jedes Gebäude «ein Massanzug konstruiert». Massgebend dafür sind Art und damit Putzintervall, Grösse und Materialien der Räume. Alles erhält ein Zeitetikett, das Total der Etiketten plus eine kleine Reserve ergibt dann eben den «Massanzug» jedes Gebäudes respektive den Tourenplan fürs Putzpersonal. Diese Standardisierung, aber auch die technische Aufrüstung bei den Putzmaschinen, wie es zum Beispiel beim Gym Liestal bereits geschehen ist, sowie die Umstellung auf die neuste Microfaser-Technik sollen die Effizienz steigern.

Bei dem Pilotprojekt Gymnasium Liestal zeige das neue Putz-Regime ein Sparpotenzial von gegen einem Fünftel, sagt Schrodt. Dies bei momentan 550 Stellenprozenten.

Beim Gym fast ein Fünftel gespart

Das ist der weitgehend unbestrittene Teil der kantonalen Putz-Revolution. Heikler wirds beim Putzintervall. Hierzu sagt Schrodt: «Wir basteln jetzt innerhalb des Pilotversuchs an den Frequenzen.» Der momentane Stand heisst zum Beispiel für eine Schulhaustoilette: Die WC-Anlagen werden samt Böden nach wie vor täglich gereinigt. Bei Büroräumen oder Schulzimmern hingegen sollen Böden, Ti-

sche, Stühle und Ablageflächen grundsätzlich nur noch einmal wöchentlich vollgereinigt werden. An den übrigen vier Wochentagen komme eine Kontrollreinigung zur Anwendung, sagt Schrodt. Dabei werde alles ausser den Böden gereinigt, das nötig sei. Beim Pilotprojekt Gymnasium Liestal zeige das neue Putz-Regime ein Sparpotenzial von gegen einem Fünftel, sagt Schrodt. Dies bei momentan 550 Stellenprozenten.

Den weiteren Fahrplan sieht der oberste Putz-Herr im Kanton so: «Wir evaluieren bei unseren Pilotprojekten laufend. Dieser Prozess dauert bis zum April. Danach gehen wir Gebäude für Gebäude durch. Bis in zwei Jahren sollte die ganze Umstellung abgeschlossen sein.» Zwei externe Fachpersonen beraten den Kanton dabei. Putzen im Baselbiet ist eben nicht mehr so einfach. Es ist eine Wissenschaft.

Wütende Eltern: Noch immer fährt kein Schulbus

Schülertransport Ein langer Streit geht in die nächste Runde: Noch immer kämpfen Eltern aus dem Diegertal dafür, dass ihre Kinder einen separaten Schulbus erhalten.

VON REBEKKA BALZARINI

Im September letzten Jahres schien der Streit geklärt: Das Basellbieter Verwaltungsgericht hatte entschieden, dass die Kreisschule TED (Tenniken-Diegtal-Eptingen) einen Schulbus organisieren muss. Damit kippte es einen Entscheid des Regierungsrats, der eine Beschwerde einiger Eltern gegen die Kreisschule abgewiesen hatte.

Die Eltern hatten die Beschwerde eingelegt, weil die Kinder seit Januar 2016 mit öffentlichen Bussen in die Schule und den Kindergarten pendelten. Bis dahin hatte die Baselland

Transport AG (BLT) für den Schultransport gesorgt. Weil die BLT-Busse den Sicherheitsanforderungen für Schülertransporte nicht entsprachen, kündigte die Kreisschule den Vertrag mit der BLT aus versicherungstechnischen Gründen.

Das Verwaltungsgericht hatte aufgrund eines Absatzes im Kreisschulvertrag entschieden. Im Absatz 6 des Vertrags steht: «Es werden Schülerinnen- und Schülertransporte eingesetzt, ohne Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten.»

Enttäuschte Eltern machen Druck

Die Eltern waren mit dem Entscheid zufrieden. Sie gingen davon aus, dass die Kinder nun bald in einem Schulbus in den Kindergarten und die Schule fahren würden.

Nur: Es passierte nichts. In einer Medienmitteilung werfen die Eltern der Schulleitung jetzt vor, den Entscheid des Gerichts nicht umzusetzen. «Die

Schulleitung schindet Zeit», so Jeannine Schweizer, Mutter eines betroffenen Kindes. Um den Prozess voranzutreiben, reichten die Eltern beim Regierungsrat eine Aufsichtsbeschwerde ein. In dieser forderten sie den Regierungsrat dazu auf, den Entscheid des Verwaltungsgerichts umzusetzen.

Schule hat Zeit bis Mitte Februar

Der Regierungsrat gewährte der Kreisschule TED daraufhin eine Frist bis 31. Januar 2018, um ihre Sicht der Dinge darzulegen. Also zu begründen, wann der separate Schultransport eingesetzt wird und welche Schritte sie dazu unternommen hat. Auf Bitte der Kreisschule TED wurde die Frist bis 16. Februar verlängert. Die Eltern der Schulkinder hoffen, dass nach dieser Frist endlich ein Schulbus fährt. Der Regierungsrat wird dann prüfen, ob und wie er aufsichtsrechtlich einschreiten will. Die Kreisschule TED wehrt sich gegen den Vorwurf, Zeit zu schin-

den. Sandra Bätcher, Vizepräsidentin des Kreisschulrats und Gemeindepräsidentin von Tenniken, sagt: «Wir sind dabei, den Entscheid umzusetzen. Allerdings geht das nicht von heute auf morgen.» Seit dem 8. Januar sei die Kreisschule dabei, eine Lösung zu finden. Zuvor habe sie das schriftliche Urteil abgewartet, das am 21. Dezember erschien.

Wut über geplante Abstimmung

Die Rahmenbedingungen, um ein passendes Busunternehmen zu finden, seien kompliziert. So müssten rund 70 Kinder von Diegten nach Tenniken transportiert werden. In einem Car finden aber nur rund 50 Kinder Platz. Ausserdem braucht es Sitzplätze mit Sicherheitsgurten. Wenn ein Unternehmen gefunden sei, dann brauche es noch die Bewilligung des Kantons, so Bätcher.

Die Elterngruppe stört sich ausserdem am neuen Kreisschulvertrag und

auch am Kreisschulratvertrag, den die Kreisschule im November veröffentlicht hat. Über den Kreisschulratvertrag wird in den beteiligten Gemeinden am 4. März abgestimmt.

Die Eltern haben dagegen eine Abstimmungsbeschwerde eingelegt, um die Abstimmung zu verhindern. Sie liegt momentan beim Regierungsrat. Denn: Im neuen Kreisschulvertrag wurde der Abschnitt 6, bei dem es um den Transport der Schul- und Kindergartenkinder geht, angepasst. Neu heisst es: «Die Beförderung der Schülerinnen und Schüler, welche die Schule nicht am Wohnort besuchen, erfolgt mit öffentlichen Transportmitteln ohne Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten.» Werden der neue Kreisschulratvertrag angenommen und die Beschwerden gegen beide neuen Verträge abgewiesen, dann wäre ein Transport mit dem öV rechtmässig. Ein Extraschulbus für die Kinder wäre damit ohnehin vom Tisch.

INSERAT



BASEL SHORT STORIES

VON ERASMUS
BIS IRIS
VON ROTEN

HEUTE
VERNISSAGE
18:30 UHR

kunstmuseum basel

10.02. —
21.05.18